

George N. Tzogopoulos

Griechische Politik und die „Goldene Morgenröte“

Bei den letztjährigen Parlamentswahlen gelang der rechtsextremistischen und neofaschistischen Partei „Goldene Morgenröte“ ein beachtlicher Wahlerfolg. Der Autor führt dies darauf zurück, dass die griechische Wirtschaftskrise von einer tiefgreifenden politischen Krise begleitet wird. Dies hat zur Folge, dass sich viele Menschen von den traditionellen Parteien abwenden und für nationalistische und fremdenfeindliche Parolen empfänglich sind. – R. Z.

Die Nacht des 4. Oktober 2009 stellte für Griechenland den Beginn einer neuen Ära dar. Die sozialistische Partei (PASOK) gewann die nationalen Wahlen und feierte einen bemerkenswerten Triumph über die konservative Partei *Nea Dimokratia* (Neue Demokratie, ND). Dieser Triumph ist in einem traditionellen Zwei-Parteien-System leicht erklärbar, in dem die eine Partei vom Schaden, den die andere angerichtet hat, profitieren kann. Im Oktober 2009 war das Image der ND nach fünfzehn unproduktiven, wenn nicht gar katastrophalen Jahren an der Macht ernsthaft angeschlagen. Gleichzeitig gelang es dem Anführer der sozialistischen Partei, Giorgos Papandreou, die öffentliche Meinung erfolgreich zu täuschen, indem er den griechischen Bürgern viel Geld versprach. Die Siegesfeiern der sozialistischen Partei dauerten allerdings nicht lange. Ihr Sieg war das Startsignal für eine lange und abenteuerliche Periode für Griechenland und die Europäische Union. Die Wirtschaftskrise, die in der Zeit vor den Wahlen fast ignoriert worden war, überschritt die Grenze des Landes und der Eurozone.

Wirtschaft im Teufelskreis

Von Oktober 2009 bis Anfang Mai 2010 wurde das Schreckgespenst einer Zahlungsunfähigkeit und eines möglichen Ausstiegs Griechenlands aus der Eurozone sichtbar. Um den offiziellen Bankrott zu vermeiden, hatte die damalige griechische Regierung keine Alternative, als um die Aktivierung eines Rettungsschirms zu bitten, was im März 2010 beschlossen wurde. Dabei wurde Griechenland von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds genau unter die Lupe genommen. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden Euro, um die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren, seine Wirtschaft zu reformieren und das Vertrauen der Märkte wieder herzustellen. Im Gegenzug verpflichtete sich die griechische Regierung, das Budget zu kürzen, Löhne und Pensionen für drei Jahre einzufrieren und Steuern zu erhöhen. Doch die griechische Verschuldung erwies sich bald als unhaltbar. So verhandelte man erneut und beschloss neue Rettungspakete. Diese Pakete schrieben weitere Sparmaßnahmen vor, die die griechische Wirtschaft in einen Teufelskreis führten.

Im Juni 2011 nahmen die Dinge eine dramatische Wende: Die griechische Regierung musste für ein neues Sparprogramm stimmen, das als „Mittelfristiger Steuerstrategieplan“ bezeichnet wurde. Dafür organisierte die EU einen Monat später einen außerordentlichen Gipfel in Brüssel, um weitere Finanzierungen für die griechische Nationalökonomie zu gewährleisten und eine potentielle Ausbreitung der Krise auf andere Länder, vor allem Italien und Spanien, abzuwenden. Diesmal enthielt der europäische Plan auch Anstrengungen, die Schulden des Landes zu reduzieren, indem Verluste für private Obligationäre diktiert

wurden. Erstmals in der Geschichte der Eurozone wurde der private Sektor am Schuldenschnitt von griechischen Staatsanleihen beteiligt. Die Prozentzahl dieses Schuldenschnitts wurde ursprünglich bei 21% festgelegt. Am europäischen Gipfel im Oktober 2011 wurde sie allerdings auf 50% erhöht, und nach einem Treffen der Eurogruppe im Februar 2012 stieg sie auf 53,5%. Das endgültige Rettungspaket erreichte nun den Wert von 130 Milliarden Euro.

Die politische Dimension der Krise

Im Vergleich zu anderen problematischen Staaten der Eurozone war die griechische Krise von Beginn an facettenreicher: neben die ökonomische Dimension trat eine politische Dimension. Der ursprüngliche Widerstand des jetzigen Premierministers Antonis Samaras und seiner konservativen Partei ND – von Oktober 2009 bis November 2011 die größte Oppositionspartei –, das europäische Rettungsschirm-Programm zu unterstützen, war unproduktiv. Er verursachte nicht nur ernsthafte Probleme bei den Anstrengungen der griechischen Regierung, die geforderten Auflagen zu erfüllen, sondern führte auch zu tiefen Spaltungen auf dem politischen Parkett, wo der Begriff „Konsens“ zum Fremdwort wurde. Erst als sich der damalige Premierminister Papandreou entschied, seinen Posten nach einer erfolglosen Referendumsinitiative zu räumen, demonstrierte Samaras Kooperationswillen. In der Folge wurde unter Premierminister Lucas Papademos eine Einheitsregierung gebildet.

Die Bildung einer Einheitsregierung war sicher eine positive Entwicklung. Nichtsdestotrotz hatte die Verzögerung von zwei Jahren durch die Querelen der beiden großen Parteien Griechenlands (PASOK und ND) vielen kleineren Parteien und verschiedenen Politikern Zeit gegeben, ihre populistische Strategie gegen die Rettungsbedingungen zu entfalten und die Aufmerksamkeit verzweifelter Bürger zu gewinnen. Dies hatte zur Folge, dass die radikale Linkspartei SYRIZA sehr nahe daran war, die Doppelwahlen von 2012 zu gewinnen. Es gelang ihr, ihren Stimmenanteil von 4,60% von 2009 auf 16,78% am 6. Mai 2012 und 26,80% am 17. Juni 2012 zu vergrößern. Vertreter von SYRIZA sprachen unter anderem davon, die Mitgliedschaft Griechenlands im Eurosystem aufzukündigen. Vor diesem Hintergrund wurde der Vorsitzende von SYRIZA, Alexis Tsipras, vom Spiegel-Magazin als der gefährlichste Politiker Europas bezeichnet.

Auch in den ersten fünf Monaten von 2013 kämpft Griechenland weiterhin damit, die internationalen Verpflichtungen einzuhalten, gefangen in einem Labyrinth einer Rezession von über 6% und einer Arbeitslosenrate von ca. 27%, wobei mehr als 60% davon junge Menschen sind. Die Aufgabe der Koalitionsregierung vom Juni 2012 (ND, PASOK und Demokratische Linke) ist höchst anspruchsvoll. Vier Faktoren können das erklären: Erstens der

Wille der ND, zusätzliche Sparmaßnahmen anzusetzen, während die griechische Gesellschaft bereits jetzt genug von Lohn- und Rentenkürzungen hat und auch an Armut und Arbeitslosigkeit leidet. Der zweite Risikofaktor sind ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionsparteien sowie die interne Krise der PASOK, die zurzeit nur 5% der Stimmen in Meinungsumfragen erreicht. Der dritte ist die ständige Opposition von SYRIZA gegenüber Regierungsplänen und Privatisierungen. Und der vierte ist die ausgehende Geduld der europäischen Partner und Gläubiger aufgrund der Unfähigkeit des Landes, die notwendigen Reformen umzusetzen und seine Versprechungen einzuhalten – trotz einer momentan relativ ruhigen Phase angesichts der deutschen Parlamentswahlen im September 2013.

Aufstieg der extremen Rechten

Außerdem ist die griechische Politik mit einem relativ neuen und besonders ernsthaften Phänomen konfrontiert, das ebenfalls auf Spaltungen in der Gesellschaft hinweist: Es handelt sich den Aufstieg der extremen Rechten, vorzugsweise der neonazistischen Partei der *Goldenen Morgenröte* (griechisch: *Chrysi Avgi*). Obwohl es diese Partei schon vorher gab, trat sie bei Wahlen vor dem Ausbruch der Krise kaum in Erscheinung. Bei den Parlamentswahlen am 4. Oktober 2009 erhielt sie nur 0,29% der Stimmen. Doch innerhalb von zweieinhalb Jahren hat es die Goldene Morgenröte geschafft, nicht nur gewählt zu werden, sondern sogar beeindruckenden politischen Erfolg zu zeitigen. In den Doppelwahlen von 2012 erhielt sie 6,97% der Stimmen am 6. Mai und 6,92% am 17. Juni.

Es gibt zwei Hauptcharakterzüge, welche die *Goldene Morgenröte* und deren Strategie am besten beschreiben: Der erste ist der Wille ihrer Vertreter, Gewalt anzuwenden, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Das jüngste Beispiel lieferte der Parlamentsabgeordnete George Germentis, der den Bürgermeister von Athen, George Kaminis, ohrfeigte, weil dieser der Partei nicht erlaubt hatte, vor Ostern auf dem zentralen Platz von Athen Essen nur an griechische Bürger zu verteilen. Das zweite Merkmal ist der Anspruch der Parteimitglieder, eigenständig Recht durchzusetzen, da die zuständigen staatlichen Behörden abwesend seien. Anhänger von *Chrysi Avgi* haben z. B. versucht, illegale Straßenverkäufer von Märkten zu vertreiben, um so legale Verkäufer und Steuerzahler zu schützen.

Eine Studie der Universität von Makedonien hat das Wählerprofil der *Goldenen Morgenröte* untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass die Partei vor allem in den folgenden Kategorien auf Zuspruch stößt: Männer, Menschen zwischen 35 und 44 Jahren, Absolventen von höheren und technischen Schulen, arbeitslose Personen und Geschäftsleute. Außerdem zeigt die Studie, dass ein gemeinsamer Nenner im Wählerverhalten deren negative Einstellung gegenüber Immigranten ist. Laut der Umfrage trifft dies aber auch für Menschen zu, die für andere politische Parteien stimmen. Diesbezüglich erklärte der Generaldirektor des Umfrageinstituts GPO, Takis Theodorikakos, nach der ersten Parlamentswahl vom 6. Mai 2012, dass *Chrysi Avgi* auch Leute vom linken politischen Spektrum anziehe. Die Zeitung *To Vima* wies darauf hin, dass Polizeiangestellte zu den typischsten Anhängern der neofaschistischen Partei zählten.

Auch nach der zweiten Parlamentswahl im Juni 2012 legte die *Goldene Morgenröte* weiter zu. Laut verschiedenen Meinungsumfragen der letzten Monate schwankt die Prozentzahl derjenigen, die erwägen, für die Partei zu stimmen, zwischen 7,4% und 12,4%, was gegenüber den letzten Wahlen einen signifikanten Anstieg bedeuten würde. Manche Umfrageinstitute sagen sogar noch höhere Prozentzahlen voraus. Davon geht auch die Universität von Patras aus, die im April 2013 einen Prozentanstieg der *Chrysi Avgi* auf 15,1% prognostizierte.

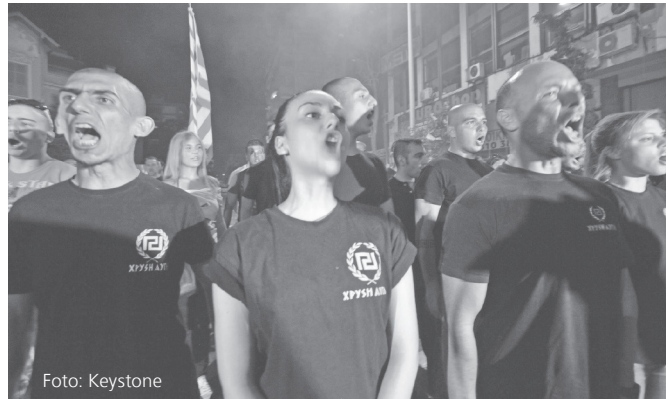


Foto: Keystone

Anhänger der rechtsextremistischen *Goldenen Morgenröte* in Thessaloniki feiern das Wahlergebnis der Partei an den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2012.

Negative Einstellung gegenüber Migranten

Der Aufstieg der extremen Rechten in Griechenland kann als Kollateralschaden der anhaltenden Wirtschaftskrise eingestuft werden. Viele haben diese Entwicklung mit dem Problem der Migration in Zusammenhang gebracht. Fehlende Sympathie für Immigranten ist kein neues Phänomen in Griechenland. Gemäß einer Umfrage von *Public Issue* im Januar 2010 war die generelle Einstellung gegenüber Migration negativ: Eine Mehrheit der Griechen (59%) betrachtete sie als schädlich für das Land, während nur eine kleine Minderheit (19%) glaubte, dass das Land davon profitiere. Folglich waren die meisten Griechen der Meinung, dass Migration nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die griechische Zivilisation und die nationale Identität der Griechen schlecht sei.

Weiter besagt die Umfrage von *Public Issue*, dass die Mehrheit der Befragten ihre Antipathie gegenüber Immigranten mit einem Anstieg der Kriminalität begründet: 75% der Befragten brachten diese mit dem Migrationsphänomen in Verbindung. Zweifellos sind viele Verbrechen in Griechenland von illegalen Immigranten verübt worden. Im Juli 2012 war die griechische Gesellschaft schockiert, nachdem ein 15-jähriges Mädchen von einem Mann aus Pakistan brutal angegriffen worden war. Weitere Vorfälle wurden gemeldet, so dass griechische Bürger aufgrund der illegalen Immigranten in verschiedenen Orten der Attika-Region Angst hatten, sich frei zu bewegen.

Im August 2012 veröffentlichte die griechische Polizei die Verbrechenstatistik für die ersten sechs Monate des Jahres, die erklärt, warum viele Griechen die Migranten nicht in einem positiven Licht sehen. Laut der Statistik wurden überdurchschnittlich viele Ausländer bei Morden während versuchten Raubs, Einbruchs und Diebstahls verhaftet. Zudem sei fast einer von drei Polizeioffizieren mit der Abfertigung von illegalen Immigranten beschäftigt. Der Minister für öffentliche Ordnung, Nikos Dendias, betonte im Parlament, dass es zwischen der zunehmenden illegalen Immigration nach Griechenland und dem Anstieg von ernsthaften Verbrechen in den vergangenen Jahren eine positive Verbindung gebe. Er argumentierte, dass bei Raubmorden zwischen 2010 und 2011 51,66% der Täter Ausländer gewesen seien, 14,25% Griechen und 33,87% der Täter nicht gefunden worden seien. Im Zeitraum von 2011 bis 2012 seien 52,86% der Täter Ausländer, 11,48% Griechen und 36% nicht gefunden worden.

Dennoch können Migration und die Frustration der Griechen angesichts der illegalen Immigranten den beachtlichen Erfolg der *Goldenen Morgenröte* nicht hinreichend erklären. Wenn Antipathie gegenüber Ausländern ein Katalysator in der heimischen Politik gewesen wäre, so hätte der Wahlerfolg der Partei in den vergangenen Wahlen um ein Vielfaches größer ausfallen müssen. Das ist aber nicht geschehen. Griechenland steht

nicht erst seit 2012 vor der Herausforderung der illegalen Immigration. Im Gegenteil, aufgrund seiner geographischen Lage ist es schon seit langem damit konfrontiert – ohne Einfluss auf die extreme Rechte.

Die extreme Rechte als Krisenphänomen

Die Erfolgsstory der *Chrysi Avgi* muss auch mit dem Niedergang einer anderen rechtsgerichteten, wenn auch weniger radikalen Partei in Verbindung gebracht werden: der LAOS-Partei („Orthodoxe Volkssammlung“). Diese Partei erhielt im Oktober 2009 5,63% der Stimmen. Zwei Jahre später, nachdem der sozialistische Premierminister Giorgos Papandreou im November 2011 abgetreten war, entschloss sich die Partei, die neue Einheitsregierung unter der Leitung des Technokraten Lucas Papademos zu unterstützen. Diese politische Geste rückte die Partei in die Nähe des sog. Memorandums und der von Griechenlands Gläubigern auferlegten Sparstrategie. Dies führte zu einer Entfremdung der Partei zu ihren Unterstützern, die gegen das Rettungspaket waren und nun nach politischen Alternativen suchten. Dass sie sich dabei einer rechtsgerichteten Partei wie der *Goldenen Morgenröte* zuwenden würden, lag auf der Hand. Und tatsächlich erhielt LAOS in den Wahlen vom 6. Mai und dem 17. Juni 2012 nur noch 2,90% bzw. 1,58% der Stimmen. Die Partei schaffte so nicht einmal mehr den Einzug ins Parlament, wozu 3% der Stimmen benötigt werden.

Der Aufstieg der extremen Rechten lässt sich prinzipiell darauf zurückführen, dass Bürger in Krisenzeiten generell willens sind, extreme Parteien zu unterstützen. Die Lektionen der Geschichte, insbesondere die Entwicklungen in den 1930er Jahren, legen nahe, dass eine ökonomische Krise die Bürger dazu bewegt, politischen Extremismus auf Kosten von Status Quo-Politikern zu unterstützen. Die gegenwärtigen Bedingungen in Griechenland sind sehr ähnlich. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu, die Rezession verstärkt sich und viele Menschen haben ihre Zukunftshoffnungen verloren. Einige von ihnen verspüren ein inneres Bedürfnis, die traditionellen Politiker, die für die Krise verantwortlich sind, zu frustrieren, indem sie für eine Partei stimmen, die ihre Autorität herausfordert: die Goldene Morgenröte. Die Hauptmotivation ist also eher, erstere abzustrafen als neofaschistische Prinzipien gutzuheißen oder zu verinnerlichen.

Die Partei ist auch deshalb so erfolgreich, weil ihre politische Rhetorik im Ethnozentrismus eine Synthese findet. Wenn man in Betracht zieht, dass die gegenwärtige Krise im lokalen Mediendiskurs und in der politischen Debatte als Versuch ausländischer Mächte, vor allem Deutschlands, konstruiert wird, das Land ökonomisch zu dominieren, ist es keine Überraschung, dass nationalistische Stimmen an Boden gewinnen. Die *Goldene Morgenröte* mit ihrem Slogan „Griechenland gehört den Griechen“ profitiert auch vom Vertrauensverlust der EU bei vielen Bürgern. Laut einer jüngsten Eurobarometer-Umfrage haben 79% der Griechen ihr Vertrauen in Europa verloren.

Die Rolle der Medien

Nicht zuletzt sollte man auch die Rolle der Medien in Betracht ziehen. Vor der ersten Wahl am 6. Mai 2012 legten Fernsehprogramme, Nachrichtenkanäle, Radiostationen, Zeitungen und Webseiten großes Gewicht auf die Berichterstattung über die *Goldene Morgenröte*, dabei wurde die Partei als kommende Gefahr für die politische Stabilität und Demokratie dargestellt. Gleichzeitig machten die Medien jedoch damit eine Partei, die bisher kaum eine Rolle in der Öffentlichkeit gespielt hatte, zu einem dominanten Thema im Mediendiskurs. Zudem zeitigten die Warnungen der Medien vor einer Stimmabgabe für die *Goldene Morgenröte* in einigen Fällen den gegenteiligen Effekt.

Enttäuschte Bürger sahen die Medien als Gehilfen der politischen Eliten an, denen sie misstrauten. Folglich könnten schließlich einige Wähler aufgrund der von den Medien vermittelten Informationen beschlossen haben, die neofaschistische Partei zu unterstützen.

Die Haltung der griechischen Medien ist auch nach den beiden Wahlen problematisch. In der Berichterstattung über die Strategie der *Goldenen Morgenröte* wie auch in den Interviews mit ihren Abgeordneten versuchen Journalisten meistens, deren Bewunderung für den Nationalsozialismus zu enthüllen. Obwohl der Zusammenhang zwischen der Partei und dem Nazismus von großer Bedeutung ist, fügt er der Debatte über den Aufstieg der Partei nichts Neues hinzu. Im Gegenteil, das Insistieren auf diese Frage gibt den Interviewten ein nützliches Muster vor, um sofortige und gut vorbereitete Antworten zu geben und die Diskussion in ihre gewünschte Richtung zu lenken. Gleichzeitig versäumen es die Journalisten im Großen und Ganzen, das Fehlen von politischen Empfehlungen der Partei bezüglich der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu entlarven. Mit anderen Worten, obwohl die Partei weder spezifische noch brauchbare Ideen hat, wie die griechische Wirtschaft finanziert werden soll, wird sie bei Mediendebatten in Bezug auf ihr Wirtschaftsprogramm kaum herausgefordert.

* * *

Der Aufstieg der *Goldenen Morgenröte* ist einer der wichtigsten Aspekte der gegenwärtigen griechischen Politik. Wissenschaftler beobachten das Phänomen mit wachsender Sorge und Skepsis. Der Historiker Mark Mazower beispielsweise glaubt, dass die extreme Rechte für die parlamentarische Demokratie in Griechenland im Vergleich zur extremen Linken weitaus gefährlicher sei. Laut Medienberichten versucht die Partei zudem, bereits die neue Generation im Schulalter zu erreichen. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass ein Niedergang der Stimmenprozentage der *Goldenen Morgenröte* kaum in Sicht ist. Deren Vertreter beteiligen sich erfolgreich an Alltagsaktionen, indem sie Essen an griechische Familien verteilen und die Bereitschaft zeigen, alte Bürger vor illegalen Immigranten zu schützen.

In den letzten Monaten hat Griechenland einige Fortschritte bei seinen Bemühungen erzielt, die Bedingungen der Rettungspakete zu erfüllen. Die Beziehung zwischen dem Land und Deutschland haben sich auf der politischen Ebene verbessert. Infolgedessen konnte die Aktienbörse eine hohe Volatilität vermeiden – mit der Ausnahme der Zypernkrisis im März 2013; die Spreads der zehnjährigen Staatsanleihen haben sich verringert und schrittweise kehren Einlagen in die nationalen Banken zurück. Gleichwohl braucht es noch viel mehr, damit Griechenland zur Normalität zurückkehren kann. Die Bedingungen für die Mittelklasse verschlechtern sich kontinuierlich, weil sich das Land nur durch Armut anpassen kann. Menschen, die an den Sparmaßnahmen und der Misere leiden, werden der *Goldenen Morgenröte* nicht den Rücken zukehren. So zynisch es ist, aber diese realistische Beobachtung stellt die politischen Entwicklungen in Griechenland wohl am besten dar.

Übersetzung aus dem Englischen: Regula Zwahlen.

George Tzogopoulos, Dr., Research Fellow an der „Hellenic Foundation for European and Foreign Policy“ (ELIAMEP) und Autor der Bücher „Framing the Rise and Fall of Neoconservatism“ (IB TAURIS) und „Greek Crisis in the Media“ (Ashgate).